
NS-Plünderungspolitik in der Sowjetunion 1941-44

Rezension von: Karl Heinz Roth,
Jan-Peter Abraham, Reemtsma auf der
Krim. Tabakproduktion und Zwangsarbeit
unter der deutschen Besatzungsherrschaft
1941-1944, Edition Nautilus,
Hamburg 2011, 570 Seiten, € 39,90.

Der Reemtsma-Konzern wollte durch den Zugriff auf die Tabakwirtschaft der südlichen Sowjetunion seine Kontrolle über den Tabaksektor in Europa absichern und das Unternehmen in einen globalen Akteur der Lebens- und Genussmittelindustrie verwandeln. Dabei operierte er im Schatten der Wehrmacht, die die Krim und das Kaukasusgebiet als Schlüssel zur deutschen Weltherrschaft erobern und sichern sollte.

Für die Tabakgemeinden und die Betriebsbelegschaften der Krim ging es dagegen ums nackte Überleben. Insgesamt etwa 20.000 Menschen wurden zur Arbeit auf den Tabakfeldern und in den Verarbeitungsbetrieben gezwungen.

Dass sich Reemtsma auf der Krim und im Kaukasus engagierte, war zunächst genuinen Unternehmensinteressen geschuldet. Der De-facto-Monopolist der deutschen Zigarettindustrie befand sich zur Zeit der Eroberung des Südens der Sowjetunion in einer ausgesprochenen Zwangslage: Die Orienttabakimporte waren weitgehend zusammengebrochen, und infolgedessen drohte eine drastische Produktionsdrosselung, gekoppelt mit behördlichen Eingriffen zur Beschränkung des Rauchens.

Die Inbesitznahme des sowjetischen Anbaugebiets für Orienttabake lieferte der Geschäftsleitung ein wirksames Instrument zum Gegensteuern. Außerdem konnte sie zur Befestigung ihrer Kontrolle über die kontinentaleuropäische Tabakwirtschaft genutzt werden. Diese Option wurde durch die staatlichen Regulierungsbehörden teilweise bekämpft, teilweise aber auch gefördert. Die Spitze der NS-Diktatur und eine in der NSDAP-Zentrale sowie im Ostministerium verankerte Fraktion ihrer Funktionsträger opponierten gegen das Expansionsmanöver Reemtsmas. Sie konnte im Zusammenspiel mit den zentralen Wirtschaftsbehörden und dem Wirtschaftsapparat der Wehrmacht (Wirtschaftsstab Ost) neutralisiert werden, nachdem Philipp F. Reemtsma durch die Bestechung des Reichskommissars für die Ukraine und Gauleiters von Ostpreußen, Erich Koch, die Phalanx durchlöchert hatte. Danach stand der Gründung einer Unternehmensniederlassung im quasi exterritorialen Bereich des rückwärtigen Heeresgebiets nichts mehr im Weg.

Bevor die Hamburger Unternehmenszentrale auf der Krim und im Nordkaukasus offen in Erscheinung trat, setzte sie ihre Interessen in einer ersten Orientierungsphase zunächst verdeckt durch. Das war einmal der Tatsache geschuldet, dass Privatpersonen und Unternehmensangestellte im Allgemeinen nur als „Sonderführer“ der Wehrmacht Zugang zum rückwärtigen Heeresgebiet erhielten. Zum anderen bot ein solches Vorgehen die Chance, die riskante und besonders kostenbelastete Anbau- und Produktionsphase aus öffentlichen Mitteln zu bestreiten.

Nachdem sich die Rentabilität des Projekts erwiesen hatte und die erfor-

derliche Infrastruktur auf Kosten der Wehrmacht wiederaufgebaut war, lancierte der Konzern dann auf der Krim eine Beteiligungsgesellschaft, die den Tabakanbau bis zur Fabrikationsreife des Produkts auf eigenes Risiko übernahm. Im Nordkaukasus und in Rostov am Don, dem geplanten industriellen Verarbeitungszentrum, ließ die militärische Entwicklung dagegen den zweiten Schritt zur Umsetzung der Unternehmensinteressen nicht zu. Das Zusammenspiel zwischen den in den Tabakreferaten der Wirtschaftskommandos tätigen „Sonderführern“ Reemtsmas und den Angestellten der auf der Krim tätigen Beteiligungsgesellschaft jedoch verlief bis zum Ende der Besatzungsherrschaft ungestört und reibungslos.

Wie die beiden Autoren bei der Analyse der betriebswirtschaftlichen Ergebnisse feststellten, war das Engagement Reemtsmas auf der Krim hoch profitabel. Schon im ersten Betriebsjahr wurden erhebliche Gewinne erwirtschaftet. Das war nur möglich, weil die im Tabakreferat des Wirtschaftskommandos tätigen Exponenten des Reemtsma-Konzerns im Vorjahr die Kader und Strukturen der sowjetischen Tabakwirtschaft übernommen, reorganisiert und in den Dienst des tabakwirtschaftlichen Zyklus gestellt hatten. Auf diese Weise formierte sich ein System der parasitären Ausbeutung, das fast vollständig auf den vorgefundenen materiellen und personellen Ressourcen des sowjetischen Tabakkontors beruhte. Insgesamt genügten etwa dreißig Experten des Reemtsma-Konzerns, um den von den kollaborierenden einheimischen Kadern betriebenen tabakwirtschaftlichen Zyklus wieder in Gang zu bringen, zu überwachen und dessen Produkte abzuschöpfen.

Ohne die Kollaborationsbereitschaft der einheimischen Agronomen und Fachleute und ohne die Unterstützung durch die Landwirtschaftsführer des Wirtschaftskommandos wäre eine derart reibungslose Ausplünderung der tabakwirtschaftlichen Ressourcen der Krim nicht denkbar gewesen. Aber auch die Einsatz- und Risikobereitschaft der Reemtsma-Angestellten war erstaunlich. Im Gegensatz zu den Repräsentanten der Zentral-Handelsgesellschaft Ost und der übrigen „Einsatzfirmen“ blieben sie bis zum Ende der Besatzungsherrschaft tätig, weil sie sich mit der Expansionsstrategie ihres Unternehmens identifizierten und sich eine steile Nachkriegskarriere erhofften.

Indessen gaben sich die deutschen Tabakexperten mit der bloßen Indienstnahme und Ausbeutung der materiellen und personellen Ressourcen ihrer Produktionssparte nicht zufrieden. Das lag nicht nur daran, dass sie die Mechanismen des zwangskollektivierte Tabakanbaus und die technisch-organisatorische Ausstattung der Zigarettenfabriken für ineffizient hielten. Auch die Tatsache, dass viele Kollektive das Kolchoseigentum unmittelbar vor dem deutschen Einmarsch auf ihre Hofstellen umverteilt hatten, zwang sie zu einer flexiblen Haltung. Sie begaben sich deshalb parallel zur Übernahme des sowjetischen Tabakkontors und seiner Fachleute auf die Suche nach einem neuen Herrschaftsinstrument, das die inzwischen in Gang gekommene parasitäre Ausbeutung der Tabakpflanzfamilien optimieren sollte.

Dabei kam es im Verlauf des Jahres 1942 zur Modifikation der Besitzverhältnisse in drei Spielarten. Grundeigentümer war in allen Fällen die Besat-

zungsmacht, die als „neue Macht“ die alte (sowjetische) beerbt hatte. Im ersten Fall erhielten die Pflanzfamilien informelle und saisonal befristete Pachtzusagen zur Erwirtschaftung der Tabakfelder. Als Gegenleistung hatten sie den größten Teil ihrer Ernten an die neuen Grundherrschaften, die jeweilige deutsche landwirtschaftliche Gebietsverwaltung, abzuführen; sie wurden also zu Halbpächtern im Status von Leibeigenen.

Bei der zweiten Variante wurden mehrere Pflanzfamilien zu Produktionsgenossenschaften zusammengeschlossen. Sie mussten die gesamte Tabakernte an den Grundherrschaften abliefern und waren infolgedessen darauf angewiesen, ihr Leben mit den landwirtschaftlichen Erzeugnissen ihres Hoflandes oder durch zusätzliche Arbeit in ernährungswirtschaftlich orientierten Produktionsgenossenschaften zu fristen. Infolgedessen waren sie in den Status einer vollständigen Leibeigenschaft zurückgefallen.

Bei der dritten Variante verhielt es sich letztlich nicht anders. Dort, wo die Starosten (Verwalter) auf Geheiß der Deutschen die Kolchosen und Sovchosen intakt ließen, arbeiteten sie wie zu den sowjetischen Zeiten als Leibeigene des staatlichen Grundeigentümers in den Arbeitsbrigaden.¹ Diese drei Spielarten der Grundherrschaft koexistierten bis zum Ende der Okkupation miteinander. Über ihr jeweiliges Ausmaß und die sich daraus ergebenden Relationen, so die beiden Autoren, wissen wir nichts.

Alles in allem bleibt festzuhalten, dass das von den Reemtsma-Experten eingeführte und praktizierte System der parasitären Ausbeutung durchaus funktioniert hat. Es ist ihnen gelungen, die unfreien Arbeitsverhältnisse der

stalinistischen Ära in ihren Kernelementen – Kolonnenarbeit, Tagewerke, Normensysteme und Naturallohn – zu übernehmen und anschließend im Interesse der Qualitäts- und Leistungssteigerung zu modifizieren. Dadurch provozierten sie zwar das Aufkommen neuer Vermeidungsreaktionen und Widerstandsformen, aber erst die sich im Herbst 1943 radikal zu ihren Ungunsten verändernden militärisch-politischen Rahmenbedingungen lösten bei ihnen Überreaktionen aus, die sich zu einem neuen Raubzug und zum Niederbrennen zahlreicher Tabakdörfer steigerten. Insofern war das Krim-Abenteuer des Reemtsma-Konzerns auf erschreckende Weise effizient und erfolgreich.

Mit dieser Untersuchung ist eine Sozialgeschichte der deutschen Besatzungsherrschaft in Osteuropa am Beispiel der Krim entstanden. Dabei werden drei Schwerpunkte miteinander verknüpft: die Unternehmensgeschichte des Reemtsma-Konzerns im Kontext der deutschen Eroberungs- und Plünderungspolitik; die Geschichte der unmittelbaren Produzenten, die mit ihren Berichten selbst zu Wort kommen sowie eine Gesamtgeschichte der Krim unter der deutschen Besatzungsherrschaft.

Josef Schmee

Anmerkung

¹ Sovchosen wie auch Kolchosen sind landwirtschaftliche Großbetriebe, die der direkten Kontrolle des Staates unterliegen. Daneben ist eine Nutzung auf privatwirtschaftlicher Basis entwickelt, die der direkten Kontrolle des Staates weitgehend entzogen ist und von Kolchosniken, Arbeitern und Angestellten in sog. Nebenerwerbswirtschaften durchgeführt werden.

Korrekturhinweis zu Heft 38/3 (2012), S. 518:

Im Artikel „Gemeindefinanzen im Korsett der europäischen Steuerungsarchitektur“ von Peter Biwald und Bruno Rossmann wurden in der Tabelle 1 „Entwicklung der laufenden Gebarung“ (S. 518) unter dem Spaltenkopf „Prognose 2011“ irrtümlicherweise die Zahlen des Rechnungsabschlusses 2010 abgedruckt. Die korrekten Werte der Spalte „Prognose 2011“ sind die folgenden:

Tabelle 1: Entwicklung der laufenden Gebarung 2007 bis 2011

I. Laufende Gebarung		Prognose 2011
Bezeichnung		Summe o + aoH
Einnahmen		in Euro
10	Eigene Steuern	2.911.826.866
11	Ertragsanteile	5.314.578.270
12	Gebühren für die Benützung von Gemeindeeinrichtungen und -anlagen	1.654.610.913
13	Einnahmen aus Leistungen	1.421.253.363
14	Einnahmen aus Besitz und wirtschaftlicher Tätigkeit	448.747.307
15	Laufende Transferzahlungen von Trägern des öffentlichen Rechts	1.014.675.676
16	Sonstige laufende Transfereinnahmen	203.057.927
17	Ablieferungen von nettoveranschlagten wirtschaftlichen Unternehmungen	238.676.936
18	Einnahmen aus Veräußerung und sonstige Einnahmen	622.767.000
19	Summe 1: laufende Einnahmen	13.830.194.255
Ausgaben		
20	Leistungen für Personal	3.124.399.967
21	Pensionen und sonstige Ruhebezüge	374.322.565
22	Bezüge der gewählten Organe	224.073.779
23	Gebrauchs- und Verbrauchsgüter, Handelswaren	411.460.420
24	Verwaltungs- und Betriebsaufwand	3.811.557.099
25	Zinsen für Finanzschulden	201.509.702
26	Laufende Transferzahlungen an Träger des öffentlichen Rechts	3.174.953.483
27	Sonstige laufende Transferzahlungen	906.826.398
28	Zuschüsse an nettoveranschlagte wirtschaftliche Unternehmungen	220.230.025
29	Summe 2: laufende Ausgaben	12.449.333.437
91	Saldo 1: Ergebnis der lfd. Gebarung (Öffentliches Sparen)	1.380.860.818